

## Das Gegenteil von Gerechtigkeit

### Schwarz-gelb lässt die Schwächsten bluten

**Ende 2010 hat die schwarz-gelbe Mehrheit im Bundestag ein unverschämtes Umverteilungspaket verabschiedet. Als Resultat von Steuergeschenken für Reiche und Stützungsmaßnahmen in der Krise haben Union und FDP eine Rekordverschuldung hingelegt. 80,2 Milliarden Euro beträgt allein die Summe neuer Schulden. Das entspricht neun(!) Jahreshaushalten des Landes Brandenburg. Profitiert haben Banken und Hotelketten, bezahlen sollen die Schwächsten.**



**Wolfgang Erlebach,**  
Kreisvorsitzender  
der Partei DIE  
LINKE. Potsdam  
Mittelmark

Foto: DIE LINKE

Wer einmal in der Hartz-IV-Falle steckt, soll auch im Alter von Grundsicherung leben und keine Kinder bekommen. Das sind die Botschaften, die mit der Streichung des Rentenbeitrages und des Elterngeldes übermittelt werden. Wenn Menschen im Alter von Grundsicherung statt von Rente leben müssen, dann ist das auch eine Lastenverschiebung auf künftige Generationen von Steuerzahlern. Und nicht zuletzt werden die Kommunen mit erheblichen Mehrausgaben belastet. Und wenn auch Höchstverdiener - Paare mit einem Jahreseinkommen über 500.000 Euro - das sind gut 40.000 Euro im Monat - kein Elterngeld mehr bekommen sollen,

hat das nichts mit Gerechtigkeit zu tun. Es ist vielmehr eine Verhöhnung der Ärmsten wie der Öffentlichkeit.

Im Februar 2010 hatte das Bundesverfassungsgericht der Bundesregierung auf den Weg gegeben, die Leistungen nach Hartz IV neu zu regeln und für Kinder erst einmal nachvollziehbar zu berechnen. Was jetzt vorliegt, ist Trickserei zu Lasten von Kindern und Diskriminierung von Familien, die auf Unterstützung angewiesen sind. Im Weltbild von Frau von der Leyen ist, wer von Hartz IV lebt, zu dumm, um mit Geld umzugehen und hat Kinder, die in der Schule nur hinterher hinken. Das ist der Gedanke von Gutscheinen statt Geldleistungen. Gutscheine sind von vornherein diskriminierend. Der Staat sagt, was Eltern zu tun und wie sie ihre Kinder zu erziehen haben. Bildung - und das allein ist schon verräterisch genug - gibt es nur als Nachhilfebedarf. Die Förderung besonderer Begabungen kommt nicht vor.

**GESUNDHEIT WIRD ZUR WARE**  
Wir haben heute ein Bildungssystem, in dem der Bildungserfolg so sehr vom Geldbeutel der Eltern abhängt wie in keinem anderen entwickelten Land. Diese Bundesregierung will uns nun ein Gesundheitssystem beschere, in dem genau dieses Prinzip auch gelten wird. Schon heute muss, wer arm ist, früher sterben. Die Lebenserwartung der Bevölkerung mit den niedrigsten Einkommen liegt um sieben Jahre unter der Lebenserwartung der 20 Prozent mit den höchsten Einkommen. Jetzt sorgt schwarz-gelb dafür, dass Gesundheit vollends zur Ware wird. Es

gilt nicht mehr das Solidarprinzip, sondern das Profitstreben. Mehrausgaben müssen künftig allein von Beschäftigten und nicht mehr von den Arbeitgebern bezahlt werden. Geht man von Mehrausgaben von jährlich vier Prozent aus, dann werden schon 2013 - also zwei Jahre nach Einführung der Kopfpauschale - 21 Euro monatlich an Zusatzbeitrag fällig. Der so genannte Sozialausgleich ist ein bürokratisches Monster, bei dem „sozial“ ein einziger Etikettenschwindel ist. Es ist unerhört, wenn Gesundheitsminister Rösler auch noch behauptet, die Finanzierung werde gerechter, weil Steuermittel ins System fließen. Ausgerechnet die FDP, die die Steuerkassen zur Beute von Hotelketten und „Bänkern“ gemacht hat, redet von Gerechtigkeit. Lassen wir uns nicht verdummen: Es ist nicht gerecht, wenn der Pförtner einer Firma genau so viel Krankenkassenbeitrag zahlen soll wie der Geschäftsführer. Gerecht ist, wenn Starke mehr tragen als Schwächere.

Weil Gesundheit keine Ware ist, brauchen wir die Stärkung von Solidarität. Genau das ist der Kern der solidarischen Bürgerversicherung, wie sie DIE LINKE seit langem vorschlägt. Wenn Versicherungsbeiträge auch auf Vermögenseinkommen bezahlt würden, wie wir das vorschlagen, dann würden die Beiträge auf Lohneinkommen sogar gesenkt werden können. Wer mehr Steuermittel ins System geben will, kann das außerdem und zusätzlich tun. Für Prävention zum Beispiel oder für Investitionen in Krankenhäuser. Dazu braucht man keine Kopfpauschale. Kopfpauschale ist das Gegenteil von Gerechtigkeit! ▲

## I N H A L T

Demografie als Herausforderung	2
Keine Flugrouten über Siedlungen	3
Mit dem Rad zur Arbeit - nur wie?	3
Die Kreistagsfraktion vorgestellt	4
Krankenhausstandort Belzig sichern	5
Andreas Bernig (MdL): Vertrauen wieder herstellen	6
Daniela Golze (MdB): Mindestlohn muss her!	6

### IN EIGENER SACHE

Nach mehr als zwei Jahren halten Sie wieder eine mml in der Hand. Künftig soll das auch wieder öfter der Fall sein. Wenn auch Sie Informationen aus dem Kreis Potsdam-Mittelmark haben oder Sie irgendwo der Schuh drückt: Schreiben Sie an DIE LINKE. MML, Straße der Einheit 53, 14806 Bad Belzig.

## Demografie als Herausforderung

Kreisentwicklungsbudget soll Herausforderungen begegnen

*DIE LINKE beteiligt sich auch in diesem Jahr am **Bündnis Dresden-Nazi-frei**. Im vergangenen Jahr folgten am 13. Februar mehr als 12 000 Menschen dem Aufruf des Bündnisses und stoppten zum ersten Mal seit Jahren mittels Massenblockaden den europäischen Naziaufmarsch in Dresden. Das Bündnis verschiedener Gruppen will auch in diesem Jahr versuchen, den Aufmarsch der Nazis zu verhindern. Aus allen Regionen werden Busse nach Dresden fahren. Wer wissen möchte, wo und wann genau Busse starten, kann sich bei per [Mail an katharina.dahme@dielinke-brandenburg.de](mailto:Mail an katharina.dahme@dielinke-brandenburg.de) wenden.*

*Vor wenigen Wochen hat die Kreisverwaltung den 1. Demografiebericht für den Landkreis Potsdam-Mittelmark vorgelegt. Er benennt den demografischen Wandel als die kommunale Herausforderung der Zukunft. Eine Übertreibung? Oder die Erfindung einer neuen Debatte, um andere soziale Probleme von der politischen Agenda zu wischen? Mitnichten. Wer den Bericht aufmerksam liest, wird jede Menge Zündstoff für politische Debatten entdecken. Und jede Menge Herausforderungen für eine linke Partei.*

*Einige Fakten: In 20 Jahren werden im Kreis Potsdam-Mittelmark etwa ein Drittel weniger Kinder und Jugendliche leben als heute. Selbst*

*in Kleinmachnow, Stahnsdorf und Nuthetal wird ihre Zahl um rund ein Viertel abnehmen. Leichte Zuwächse hat allein Teltow zu erwarten (+ 5%). Im Gegenzug wird die Zahl der über 65jährigen im Landkreis um drei Viertel steigen. Und 2030 leben in Potsdam-Mittelmark 72.000 über 65jährige und nur 17.600 unter 15jährige. Heute liegt das Verhältnis noch bei 42.000 zu 27.000.*

*Es geht nicht darum, deshalb in Panik zu verfallen oder sich auf den „Krieg der Generationen“ einzustellen. Aber es geht z.B. darum, kommunale Entscheidungen von heute mehr denn je auf ihre Tauglichkeit für morgen zu überprüfen. 20 Jahre sind ein kurzer Zeitraum für Investitionen.*

*Wir werden es uns nicht leisten können, heute etwas zu bauen, was schon bald nicht mehr gebraucht wird. Sicher mag manches über Um- oder Mehrfachnutzung technisch „vorhersehbar“ sein. Aber auch das muss in der Planung entschieden und finanziert werden. DIE LINKE widmet sich seit Jahren dem Problem der wachsenden regionalen Unterschiede innerhalb des Landkreises. Mit der Auflage eines Kreisentwicklungsbudgets wird nun ein seit langem bekannter Vorschlag der LINKEN zumindest im Ansatz aufgegriffen. Das kann uns nur darin bestärken, auch weiter mit konstruktiven Ideen aufzuwarten. ▲*

*Wolfgang Erlebach*

## „Stärken stärken“

Erfolge der Regierung sind zu spüren

**Die rot-rote Landesregierung ist unter dem Motto „Gemeinsinn und Erneuerung: Ein Brandenburg für alle“ in ihre Arbeit vor mehr als einem Jahr eingetreten. Zentrales Ziel ist es, die wirtschaftliche Erneuerung des Landes fortzusetzen und gleichzeitig für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen.**

Die Wirtschaft Brandenburgs steht auf gutem Fundament. Die Fortführung der Strategie des „Stärken stärken“ hat dazu beigetragen, dass die Arbeitslosigkeit erstmals unter zehn Prozent gesunken ist. „Die Fraktionen DIE LINKE und SPD haben wichtige soziale Veränderungen bereits im ersten Regierungsjahr angepackt und auf den Weg gebracht“, erklärte Fraktionsvorsitzende Kerstin Kaiser (DIE LINKE). Rot-Rot habe viele Chancen eröffnet: Durch den Einstieg in den öffentlichen Beschäftigungssektor bekamen rund 700 Menschen in diesem Jahr wieder eine Arbeit. Öffentliche Aufträge werden künftig nicht zu Dumpinglöhnen vergeben!

Mit dem Haushalt 2011 tritt die Regierung in ein wiederum schwieriges Haushaltsjahr ein. An vorderer Stelle steht für diese Regierung die Bildung. Ein verbesserter Kitabetreuungsschlüssel, neue Lehrer, das Schüler-Bafög und ein geübter Übergang vom Bachelor- zum Masterstudiengang sind für junge Menschen und Familien im Land positiv spürbar.

Und: Brandenburg schickt keine weiteren Polizisten mehr zum Einsatz nach Afghanistan.

„Mit der Lockerung der Residenzpflicht habe Rot-Rot zudem einen Beitrag zu mehr gesellschaftlicher Teilhabe geleistet. Sich frei in Brandenburg bewegen zu können, ist ein echter Zugewinn für Asylbewerber“, so

Kerstin Kaiser. Die Koalition ist arbeits- und entscheidungsfähig. Sie hat bewiesen, dass sie auch krisenhafte Situationen bewältigt, mit sozialer Verantwortung für Brandenburg agiert und Zukunftsweichen für das Land richtig stellt. ▲



**Bildung ist das Schlüsselthema für DIE LINKE in Brandenburg.**

*Foto: Gerd Altmann / pixelio.de*



**Kerstin Kaiser,**  
Fraktionsvorsitzende der  
Landtagsfraktion der  
**LINKEN**

*Foto: DIE LINKE*

# Keine Flugrouten über besiedelte Gebiete

## Warum der Widerstand gegen den Flughafen wächst

**Der Flughafen im Südosten Berlins ist nahezu fertig - da lässt die Deutsche Flugsicherung (DFS) die Katze aus dem Sack: Die Abflugrouten, so die DFS im September 2010, werden direkt über die drei dicht besiedelten Nordgemeinden des Landkreises führen. Teltow, Kleinmachnow, Stahnsdorf kommen dann alle drei bis vier Minuten in den zweifelhaften Genuss startender Jets. Mit Lautstärken, die an den Rasenmäher nur wenige Meter entfernt erinnern.**

Das ist, rund eineinhalb Jahre vor der Inbetriebnahme des Flughafens, ein echter Schock für die Bewoh-



15.000 Menschen bei der Demo im Januar in Schönefeld

ner des Speckgürtels. Der nächste folgt wenige Wochen später. Nur tröpfchenweise kommt die Wahrheit ans Licht. So hat die DFS das brandenburgische Infrastrukturministerium schon 1998 von den schwerwiegenden Beeinträchtigungen informiert, der nicht allein die Region am Teltowkanal ausgesetzt sein

wird. Die Planfeststellungsbehörde aber schweigt.

Nicht genug damit, es kommt noch dicker: Anfang Dezember taucht ein Brief des ehemaligen Flughafenchefs Götz Herberg auf, mit dem er versucht hatte, die Stellungnahme der DFS im Planfeststellungsverfahren zu beeinflussen. Scheinbar mit Erfolg, denn weder Flugsicherung noch die ebenfalls bereits 2002 informierte Fluglärmmmission gaben Informationen über die späteren Flugrouten preis. In den Akten zur Planfeststellung soll es die Briefe der DFS auch nicht geben. Menschen, die sich zwischen 2002 und 2010 beim Flughafen erkundigten, wurde versichert: Sie können beruhigt nach Hause gehn. Über der Region Teltow, Kleinmachnow, Stahnsdorf fliegt nichts! ▲



**Udo Böhlefeld** ist stellvertretender Kreisvorsitzender der LINKE, Mitglied der Lenkungsgruppe der Bürgerinitiative in Kleinmachnow und deren Webmaster. Als er sich 2002 mit seiner Familie in Blankenfelde niederlassen wollte, wurde er auf die „Einflugschneise“ aufmerksam, informierte sich am BBI - und zog nach Kleinmachnow. Jetzt sieht er sich getäuscht, wie viele andere in der Region und anderen betroffenen Gemeinden auch: „Die Landesregierung muss mindestens klar machen, dass sie auf ihren Einspruch gegen das bescheidene Nachtflugverbot von 23 bis 5 Uhr verzichtet. Besser noch, sie erklärt sofort, dass der BBI nicht zum internationalen Luftdrehkreuz ausgebaut wird. Das ist die Mindestvoraussetzung, um sich an einen Tisch zu setzen und zu verhandeln.“

Fotos: DIE LINKE

## Mit dem Rad zur Arbeit

### Interview: Ingrid Feuerherd, DIE LINKE, über Mobilität im Kreis

**mml:** Frau Feuerherd, Sie sind Kreistagsabgeordnete für DIE LINKE und wohnen in Brielow/Beetzsee. Was heißt Mobilität für Sie?

**Ingrid Feuerherd:** Ich bin wohl die einzige Kreistagsabgeordnete in Potsdam-Mittelmark, die Fahrrad, Bus und Bahn nutzt. Ich fahre bei Wind und Wetter mit dem Rad. Neun Kilometer bis Brandenburg, dann mit dem Bus. Um pünktlich zu sein, bin ich oft eine Stunde vor der Sitzung vor Ort. Das kann sich eine Rentnerin leisten, aber das Berufsleben sieht anders aus.

**mml:** In Brielow und Umgebung wohnen aber nicht nur rüstige Rentner. Wie kommt man zur Arbeit, zur gesundheitlichen Betreuung und anderen wichtigen Vorhaben?

**IF:** Mit dem Fahrrad zur Arbeit kann ein guter Ausgleich sein. Aber wehe, es ist die einzige Möglichkeit, den Arbeitsplatz zu erreichen. Leider ist es aber oft so. Der Verdienst ist bei Vielen so gering, dass es für

ein Autos nicht reicht. Die Busverbindungen sind so schlecht, dass sie oft nicht genutzt werden können. Der erste Bus am Morgen fährt zu spät, der letzte zu früh. Leider werden Fahrräder in Bussen so gut wie nicht mitgenommen. Außerdem wird Geld für Radwege immer knapper, obwohl sie immer mehr von Schülern oder Rentnern für Arzttermine, Einkäufe oder Besuche und im zunehmenden Maße für den Arbeitsweg genutzt werden müssen. So birgt Radfahren für manche noch ein hohes Unfallrisiko. In Beetzsee gibt es einen Radweg in Richtung Brandenburg, aber weder Marzahne noch Hohenfechesar habe eine Radverbindung. Der Bus fährt fast nur an Schultagen - in den Ferien zweimal täglich hin und zurück und am Wochenende gar nicht. Als wir uns gegen die Einstellung der Brandenburgischen Städtebahn von Brandenburg nach Belzig gewehrt haben - eben auch wegen der Radfahrer - wurde uns versichert, dass es dafür Busanhän-

ger und mehr Busse gibt. Offensichtlich ist dieses Versprechen gebrochen worden.

**mml:** Was schlägt die Kreistagsabgeordnete vor?

Ich werde mir vom Kreistagsbüro die Unterlagen „vom Kampf um die Städtebahn“ geben lassen. Offensichtlich gilt hier auch „Was kümmert uns das Geschwätz von gestern“. Der Kreistag muss seiner Verantwortung für die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum gerecht werden, dazu gehört die Mobilität. In Berlin gab es berechtigterweise einen Riesenaufruhr wegen des Versagens des Nahverkehrs infolge des Winters. Aber wie ernst werden die Sorgen der weniger im ländlichen Raum genommen? Ich werde über einen Antrag das Thema auf die Tagesordnung setzen und es gibt auch schon woanders praktische Erfahrungen zur Verbesserung dieses unhaltbaren Zustandes. Die Buslinien müssen ausgebaut werden. *Annemarie Kersten*

# Auf einen regen Gedankenaustausch

## Die Kreistagsfraktion stellt sich vor

**Die Kreistagsfraktion DIE LINKE setzt sich aus elf Mitgliedern, sechs Frauen und fünf Männern, zusammen.**

*Eine Regionalkonferenz der LINKEN für die Kreisverbände Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming, Havelland, Potsdam und Brandenburg an der Havel wird am 2. April im Landkreis Potsdam-Mittelmark stattfinden.*

Thomas Singer (Kleinmachnow) und Kathrin Menz (Seddiner See) sind die Doppelsitze der LINKEN, der Fraktionsvorstand. Sie koordinieren die einzelnen Aufgabengebiete, geben Impulse und treiben auch immer wieder mal an, wenn es nötig sein sollte. Beide sind auch im Kreisausschuss tätig. Kathrin Menz arbeitet zusätzlich mit Lisa Stooß (Schwielowsee) im

rung. Ingrid Feuerherdt (Brielow) und Annerose Hamisch-Fischer (Nuthetal) vertreten DIE LINKE im Ausschuss für Verbraucherschutz und Umwelt. Schwerpunkt hier sind die Flugrouten. So ist es gelungen, fraktionsübergreifend einen Beschluss im Kreistag zu fassen, der den Landrat beauftragt, in der Fluglärmmmission darauf zu dringen, dass die „alte“ Grobplanung der Routen vorerst weiter gelten muss. Die Diskussion um die Flugrouten muss von Grund auf neu geführt werden und das Vertrauen der Bürger in die

Rechtssicherheit und Verlässlichkeit behördlicher Planung und staatlichen Handelns wiederhergestellt werden.

Annerose Hamisch-Fischer und Andrea Schulz (Wilhelmshorst) vertreten uns im Ausschuss für Recht und Bauen. Einer der wichtigsten Ausschüsse, der für Innere Verwaltung wird durch Klaus-Jürgen Warnick (Kleinmachnow) und Sieghardt Rabinowitsch (Wiesenburg) besetzt. Alle wichtigen Fragen, die finanzielle Folgen haben, werden in dem Ausschuss behandelt. Im Zusammenhang mit der Haushaltsdebatte wol-

die in wirtschaftlich schwachen Regionen eine Belebung hervorrufen.

Der Ausschuss Soziales und Gesundheit wird von Astrit Rabinowitsch (Wiesenburg) seit Jahren erfolgreich geleitet. Immer wieder werden brisante Themen, wie die Kosten der Unterkunft, die Zukunft des Kreiskrankenhauses oder die Umgestaltung der MAIA auf die Tagesordnung gesetzt. Unterstützung findet sie dabei in Dr. Wolfgang Erlebach (Busendorf). Er vertritt uns auch gemeinsam mit Bernd Lachmann (Wusterwitz) im Jugendhilfeausschuss. Ein großer Schwerpunkt ist momentan die soziale Gerechtigkeit bei den KITA-Beiträgen. Die Satzungen der Kommunen müssen so angepasst werden, dass sozial Schwache nur geringe Beiträge zu leisten haben, so wie es der Gesetzgeber auch vorsieht.

Nicht nur innerhalb des Kreistages ist die Fraktion aktiv. In vielen Vor-Ort-Sitzungen können die Sorgen und Probleme der Regionen direkt ins Visier genommen werden. Sachverhalte direkt und mit Betroffenen in Augenschein zu nehmen, erhellt und gibt Hintergrundinformationen, die es uns ermöglichen, Beschlüsse besser zu bewerten oder eigene Vorlagen einzubringen.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit ist immer auch die Zusammenarbeit mit den kommunalen Vertretern. So organisieren wir jährlich mindestens eine kommunalpolitische Konferenz, bei der ausgewählte Themen miteinander diskutiert, gemeinsame Standpunkte erarbeitet, aber auch viele Vorschläge von Gemeindevertretern und sachkundigen Einwohnern aufgegriffen werden. Die Kreistagsfraktion freut sich auf einen regen Gedankenaustausch und nimmt Hinweise, Tipps, Probleme gerne entgegen. ▲

*Kathrin Menz*



*Die Kreistagsfraktion (v.l.n.r.): Klaus Jürgen Warnick, Wolfgang Erlebach, Ingrid Feuerherdt, Sieghardt Rabinowitsch, Andrea Schulz, Annerose Hamisch-Fischer, Lisa Stooß, Bernd Lachmann, Astrit Rabinowitsch, Kathrin Menz, Thomas Singer*

*Foto: DIE LINKE*

**Die Kreistagsfraktion DIE LINKE erreichen Sie via E-Mail: [fraktion@dielinke-pm.de](mailto:fraktion@dielinke-pm.de)**

Ausschuss für Bildung und Kultur. Hier sind die Schwerpunkte die Förderschulen in Kleinmachnow und die Kultur- und Sportförde-

len wir beispielsweise ein Kreisentwicklungsbudget etablieren. In einem Umfang von 500.000 Euro sollen Projekte finanziert werden,

## Krankenhausstandort Bad Belzig sichern

DIE LINKE: „Die Kuh ist noch nicht vom Eis“

**Der Verkauf des Kreiskrankenhauses an die Johanniter im Januar 2008 hat Unmut, Spekulationen und Verunsicherungen entfacht. Dabei geht es um den Standorterhalt in Bad Belzig, sowohl bei den Mitarbeitern wie auch in der Bevölkerung.**

Die Bemühungen des Sozialausschusses und der Mitglieder des Kreistages, Antworten auf einige offene Fragen zu bekommen, wurden von den Verantwortlichen hartnäckig ausgesessen. Selbst ein Mehrheitsbeschluss des Kreistages vom April 2010, dem zufolge der Landrat über die Entwicklung des Krankenhauses berichten sollte, wurde bis heute nicht erfüllt. Ziel der Fragestellung war der Erhalt der bestehenden Krankenhaus-Stationen als Voraussetzung für die Standortsicherung des Krankenhauses in der Kreisstadt. Landrat Blasig vertritt im Kuratorium die verbliebenen 25,1 Prozent

Anteile des Kreises und hat eine Informationspflicht gegenüber dem Kreistag.

Insbesondere die drohende Schließung der Entbindungsstation, zu der die kinderärztliche Versorgung gehört, erregte die Gemüter. Eine anhaltend niedrige Geburtenzahl führte dabei zu Befürchtungen über mögliche Schließungsabsichten durch das Gesundheitsministerium. Nach umfänglicher Prüfung kam das Ministerium aber zu der Auffassung, das nicht allein die Zahl der Entbindungen das Kriterium für den Erhalt der Station sei. Demographische Entwicklung so-



40 bis 70 Kilometer zur nächsten Geburtsklinik sind zu viel.  
Foto: Lisa Schwarz / pixelio.de

wie die Größe des Einzugsgebietes seien ebenso zu berücksichtigen. Eine nächstgelegene Geburtsklinik zwischen 40 Kilometern in Brandenburg/Havel oder 70 km in Potsdam ist nicht bürgerfreundlich und kann im Ernstfall zu einem erhöhten Risiko für Schwangere führen. Damit ist der Erhalt der Kinder- und Entbindungsstation theoretisch gesichert, praktisch muss es aber nicht so sein.

Für den Betreiber wird die entscheidende Frage die nach der Wirtschaftlichkeit sein und nicht die standortnahe Versorgung der Bürgerinnen und Bürger der Region, so die Bedenken der Fraktion DIE LINKE. Ihre Befürchtung: Trotz positiver Signale ist „die Kuh noch nicht vom Eis“. Standort und Entbindungsstation sind nicht auf Dauer gesichert. Darüber können auch die begonnen Umstrukturierungen im Johanniterkrankenhaus nicht hinwegtäuschen, auch wenn der Landrat darin eine positive Entwicklung zu erkennen glaubt. Sozialausschuss und die Fraktion DIE LINKE bleiben am Thema dran. ▲



**Astrit Rabinowitsch,**  
Mitglied der Fraktion  
DIE LINKE und  
Vorsitzende des  
Ausschusses Soziales  
und Gesundheit

Foto: DIE LINKE

## Solidarität in Bad Belzig

LINKE-Bad Belzig initiierte „Weihnachten für alle“

**DIE LINKE in hat Bad Belzig wieder die Solidaritätsaktion „Weihnachten für Alle!“ initiiert. Dabei fanden die Stadtverordneten Verbündete und Mithelfer in anderen Fraktionen.**

Nach dem großen Erfolg im Vorjahr suchten die LINKEN in der Kreisstadt auch in der Vorweihnachtszeit 2010 Verbündete bei Edeka, Penny und Norma und informierten rechtzeitig in der Presse und durch Flyer und Zeitschriften über die Aktion. In vier großen Lebensmittelmärkten der Stadt waren große, weihnachtlich dekorierte Kartons für Spenden aufgestellt. 34 fleißige Helfer aus verschiedenen

Parteien und Organisationen, dem Verein für Arbeit und Leben und der Bad Belziger Tafeln lösten sich am Eingang der Kaufhallen ab und forderten die Kaufenden zu Spenden für die Ärmsten der Armen, für die Besucher der Tafeln und 23 Kinder des Asylbewerberheimes auf. Zwar war nicht jeder bereit, zusätzlich etwas zu kaufen und in die bereitstehenden Kartons zu legen. Dennoch wurde die Aktion wieder ein voller Erfolg. Immer wieder mussten die Fahrer die vollen Kartons leeren und die Waren zur Kreisgeschäftsstelle der LINKEN bringen, wo sie sortiert wurden.

Finanziell unterstützt wurde die Aktion durch zahlreiche kleine

und größere Spenden, darunter Diana Golze (DIE LINKE) und Frank-Walter Steinmeier (SPD) sowie der Fraktion der LINKEN im Kreistag Potsdam-Mittelmark. Die Spenden wurden zum Kauf notwendiger Waren umgesetzt. Abschließend wurden die Sach- und Lebensmittelspenden den Vertretern der Bad Belziger Tafeln übergeben.

DIE LINKE. Belzig dankt allen unermüdlichen Helfern, die die Solidaritätsaktion im vergangenen Jahr zum Erfolg gemacht haben. Und sie will auch 2011 ihre Solidarität wieder auf diese Weise weiterführen.

Gisela Nagel, Ortsvorsitzende

Der Landesvorstand DIE LINKE. Brandenburg hat die zweite **Tagung des 2. Landesparteitages** für den 5. und 6. März 2011 nach Potsdam einberufen. Tagungsort ist das **Kongresshotel in Potsdam, Pirschheide**. Die Tagungsmaterialien sind unter [www.dielinke-brandenburg.de](http://www.dielinke-brandenburg.de) im Internet abrufbar.



**Hans-Jürgen Scharfenberg** ist im Ausschuss für Inneres des Landtages u.a. mit der Polizeireform befasst.

## Polizeireform wird gestaltet

### Polizeipräsenz ist auch zukünftig gesichert

**(H.-J.S.) Die Aufrechterhaltung der Polizeipräsenz in der Fläche des Landes, die Gewährleistung des Streifendienstes in bisherigem Umfang und die flächendeckende Präsenz der Revierpolizisten - das sind wesentliche Rahmenbedingungen für das weitere Vorgehen des Innenministeriums bei der Realisierung der ersten Schritte zur Polizeireform.**

Mit deutlicher Mehrheit wurde im Dezember im Landtag ein Entschließungsantrag von DIE LINKE und SPD angenommen. Auf die darin eingeschlossenen Punkte weist der Innenpolitische Sprecher

der LINKEN Hans-Jürgen Scharfenberg hin: Bis Juli 2011 sollen die Planungen zur neuen Struktur mit 15 Polizeiinspektionen und mit Polizeirevieren als weiteren Dienststellen abgeschlossen sein. An den jetzigen Wachenstandorten soll entsprechend den spezifischen örtlichen Bedingungen die Polizeipräsenz auch künftig gesichert werden. Das Landeskriminalamt (LKA) soll organisatorisch als Direktion geführt und der Standort Eberswalde erhalten werden. Der zukünftige Bedarf an gut ausgebildeten Polizistinnen und Polizisten soll dem Bedarf entsprechend erfolgen, wobei auch mehr als Jahresdurchschnittlich mindestens

125 Polizeischüler ausgebildet werden sollen.

DIE LINKE und SPD sprechen sich für eine soziale Begleitung der Reform und für eine frühzeitige Erörterung der Standort- und Strukturentscheidungen mit den Polizeibeiräten aus.

Mit dem Entschließungsantrag sind durch die Regierungsfractionen wesentliche Forderungen der Volksinitiative der Gewerkschaft der Polizei, aber auch der anderen Gewerkschaften und der öffentlichen Diskussion der vergangenen Wochen und Monate aufgegriffen worden. ▲

**Schwester Agnes kommt wieder.** Die zu DDR-Zeiten auf dem Land eingesetzten Gemeindegewestern kommen als Unterstützung der Ärzte in ähnlicher Form wieder. Das neue Projekt „Agnes 2“ habe am 1. Januar begonnen, sagte Brandenburgs Gesundheitsministerin Anita Tack (DIE LINKE). Das bundesweit einmalige Projekt startet neben Lübbenau, Cottbus, Fürstenwalde Kyritz auch in der Kreisstadt Bad Belzig. Die neuen Versorgungsassistentinnen sollen die Ärzte auf dem Land entlasten, beispielsweise Blutdruck oder Blutzucker messen. „Vor allem die hausärztliche Betreuung von Patienten in ländlichen Regionen kann davon profitieren“, sagte Anita Tack.

## Mehr Geld im Jahr 2011

### Höhere Schlüsselzuweisungen für Kommunen



**Stefan Ludwig**, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Landtag  
Foto: DIE LINKE

**(S.L.) 2011 sollen die prognostizierten Steuermehreinnahmen sofort an die Kommunen weitergegeben werden.**

Das hat der Brandenburger Landtag es mit dem Finanzausgleichsgesetz (FAG) beschlossen und damit Forderungen des FAG-Beirates und des Städte- und Gemeindebundes aufgegriffen. „Bei schwierigen finanziellen Bedingungen ist es gelungen, einen Ausgleich herbeizuführen, der die unterschiedlichsten Bedürfnisse in den Kommunen erfasst“, so stellt es der kommunalpolitische Sprecher Stefan Ludwig

(DIE LINKE) dar. Eingeführt wurde der Demografiefaktor, die Erhöhung der Zuweisungen für die kreisfreien Städte und die Einbeziehung einer Finanzausgleichsumlage.

Gleichzeitig werden die zu erwartenden Mehreinnahmen 2010 zu etwa zwei Dritteln schon 2011 in den Schlüsselzuweisungen veranschlagt. Damit können die Schlüsselzuweisungen für die Kommunen im Vergleich zum jetzigen Haushaltsentwurf um 58,74 Millionen Euro aufgestockt werden. So liegen die Schlüsselzuweisungen auf dem Niveau von 2010 bzw. mit 1,8 Mio. Euro sogar etwas drüber. Dies geschieht, obwohl die Zuweisungen vom Bund aus dem Solidarbeitrag für die Kommunen um gut 40 Mio. Euro gesunken sind.

„Die Mittel für die Theater- und Orchesterförderung konnten um 1,5 Mio. Euro erhöht werden, ohne dass eine entsprechende Förderung in der Kultur gekürzt worden ist. Auch für die Feuerwehren und den Katastrophenschutz im Land konnten wir eine Lanze brechen und für eine Stabilisierung sorgen“, so Ludwig. ▲

## Schüler-Bafög gesichert

Die Koalitionsfraktionen haben eine Änderung des Brandenburger Schüler-Bafög-Gesetzes beschlossen. „Mit der Änderung stellen wir sicher, dass Schüler, die Hartz IV-Leistungen erhalten, Schüler-Bafög auch nach dem 1. Januar 2011 bekommen“, so die Bildungspolitiker Torsten Krause (DIE LINKE) und Susanne Melior (SPD). „Wir sind froh, dass Kinder, die das Geld dringend brauchen, auch in Zukunft gefördert werden können.“

Im Juni 2010 hatte die rot-rote Koalition ein in der Bundesrepublik bisher einmaliges Gesetz verabschiedet, das es Kindern aus einkommensschwachen Familien erleichtert, das Abitur oder die Fachhochschulreife abzulegen. Sie erhalten ab dem Schuljahr 2010/11 ab Klasse 11 eine monatliche Unterstützung in Höhe von 50 bis 100 Euro. Damit werden Ausgaben finanziert, die mit dem Besuch der gymnasialen Oberstufe verbunden sind. Die Koalition will mit dem Schüler-Bafög die Chancengleichheit beim Zugang zur Bildung fördern und zwar unabhängig vom Einkommen der Eltern. ▲

## Vertrauen wieder herstellen

### Frühere Einbeziehung der Bürger nötig

**Eine neue Qualität der Mitsprache von Bürgerinnen und Bürgern ist dringend notwendig.**

Themen, die unmittelbar ihr Lebensumfeld berühren und ihre Lebensqualität bestimmen, sind ohne sie nicht zu machen. Das zeigen die vielen Problemfelder und Proteste bei wichtigen Baumaßnahmen in Brandenburg und anderen Bundesländern: der Bau des Flughafens Berlin-Brandenburg, der Ausbau der A 10, die Errichtung von Funktürmen für den längst überfälligen Digitalfunk auf dem Lande oder das Projekt Stuttgart 21.

Es ist eine Frage der Demokratie und des Vertrauens in die Politik, dass nichts über die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger hinweg entschieden wird. Bereits in der Vorbereitung der Planungsphase müssen Maßnahmen offengelegt wer-

den und für die Bürger nachvollziehbar und transparent sein. Eine lückenlose Informationskette, öffentliche Diskussion sowie das rechtzeitige Aufgreifen von Vorschlägen sind notwendig für das Erkennen der Sorgen der Bürger. Der Impuls dafür muss von den zuständigen und beteiligten Verwaltungen kommen. Ein Abschieben der Verantwortung nach oben oder unten darf es nicht geben.

Leider funktioniert die Einbeziehung der Bürger auch in Brandenburg bei vielen Maßnahmen nicht. Das zeigen die Bürgerinitiativen zu so sensiblen Themen wie Energiepolitik, Flugrouten und Lärmschutz an Autobahnen.

Auch bei scheinbar kleinen Vorhaben, wie dem Bau des Digitalfunkmastes in Plessow in der Region Werder hat es sich gezeigt, dass die Bürger einbezogen werden wollen

und müssen. Über das Votum des ehrenamtlichen Ortsbeirates hinweg hat die Stadtverwaltung die Standortfrage für den Bau des Funkturmes in Plessow mitentschieden. Die im Ort lebenden Bürger wurden nicht mit einbezogen. Aus dieser Situation heraus entwickelte sich vor Ort die Bürgerinitiative. Mit einem erheblichen Kostenaufwand musste nach massiven Protesten ein neuer Standort gesucht werden. Die Probleme im Nachhinein zu lösen, ist sehr aufwändig. Es kostet viel Zeit und es müssen oftmals zusätzlich finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Dass sich die Plessower Bürger sogar finanziell selbst beteiligen wollen, ist lobenswert, aber die Verantwortung liegt bei der Stadt Werder. Wäre die Einbeziehung der Bürger vor der Standortwahl passiert, könnten die durch die Stadtverordneten zusätzlich beschlossenen finanziellen Mittel für andere kommunale Aufgaben eingesetzt werden. ▲



*„Ich werde mich dafür einsetzen, dass die im Koalitionsvertrag festgeschriebene rechtzeitigere Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger bei der Vorbereitung von Baumaßnahmen auch in die Praxis umgesetzt wird.“, so der Abgeordnete des Landtages **Andreas Bernig** (DIE LINKE).*

## Gesetzlicher Mindestlohn muss her!

### Steuerzahler subventionieren Niedriglöhne in Potsdam-Mittelmark

**Das Jahr 2010 ist nach Auffassung der Bundestagsabgeordneten Diana Golze (DIE LINKE) aus bundespolitischer Sicht ein verlorenes Jahr. Nach einem Jahr schwarz-gelber Bundesregierung fällt ihr Rückblick alles andere als positiv aus.**

Milliardenschwere Geschenke an Hoteliers, die Verlängerung der Auslandsmandate der Bundeswehr, der Ausstieg aus dem Atomausstieg durch längere Laufzeiten von Kernkraftwerken, eine verfassungswidrige "Reform" der SGB II-Regelsätze und die Streichung des Elterngeldes für Eltern in Bedarfsgemeinschaften sind Belege der verfehlten Politik von CDU/CSU und FDP. Die unsoziale Politik von Schwarz/Gelb wirkt sich natürlich auch im Potsdam-Mittelmark negativ aus. Die Weigerung der Bundesregierung, endlich einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen, hat auch hier eine fatale Wirkung.

In Potsdam-Mittelmark zahlen die Steuerzahler monatlich 2.212.071 Euro für so genannte Hartz-IV-Aufstockerinnen und Aufstocker und subventionieren so Billiglohnunternehmen. Der Boom von Billigjobs kommt nicht nur die Betroffenen, sondern auch die gesamte Gesellschaft teuer zu stehen. „Um der Lohnspirale nach unten einen Riegel vorzuschieben, brauchen wir endlich einen gesetzlichen Mindestlohn“, so Diana Golze.

Die Fehlentwicklungen auf dem

Arbeitsmarkt sind nicht zu übersehen. Es muss Schluss gemacht werden mit der Subventionierung von Billigjobs durch den Steuerzahler. Daher die Forderungen der Politikerin: Ein gesetzlicher Mindestlohn muss her. Die Politik muss für mehr gute Arbeitsplätze sorgen.

So bleibt also für das neue Jahr viel zu tun. Erfreulich in diesem Zusammenhang ist, dass sich immer mehr Menschen mit der verfehlten Politik nicht abfinden. ▲



***Daniela Golze** ist seit September 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages.*

Im Landkreis Potsdam-Mittelmark stieg die Zahl der Leiharbeiter/innen von 10 im Jahr 2005 auf 132 im Jahr 2010. Die Zahl der Beschäftigten im Niedriglohnbereich liegt bei 15.738, was einem Anteil von 39,6 Prozent aller Beschäftigten entspricht. Zu niedrige Löhne werden in Potsdam-Mittelmark monatlich mit 2.212.071 Euro ergänzende Hartz IV-Leistungen aus Steuermitteln für 3.304 Aufstocker/innen-Haushalte (letzte verfügbare Zahlen vom Juni 2010) aufgestockt.

**Aus:** Antwort der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 17/3654) auf die Anfrage der LINKEN.

## Den Kampf der Mütter fortsetzen

### Zum 100. Internationalen Frauentag

Anlässlich des 100. Internationalen Frauentages sollten wir uns besinnen, warum der 8. März zum Internationalen Frauentag wurde.

Im so genannten „Brot- und Rosen-Streik“ kämpften Frauen für ihre Interessen. BROT und ROSEN – der Slogan stammt aus einem Gedicht von James Oppenheim, das 1911 im American Magazine veröffentlicht wurde und den Frauen im Westen gewidmet war. Die Frauen forderten gerechten Lohn (Brot) und eine menschenwürdige Arbeits- und Lebensumgebung (Rosen). Der Streik führte da-

zu, dass die Arbeiter und Arbeiterinnen mehr Lohn und eine gerechtere Bezahlung erhielten. Auch sollten Streikende nicht mehr diskriminiert werden.

Das war 1911. Wie sieht es heute aus? Was wurde aus den Rechten der Frauen in aller Welt? Lassen wir uns durch Hartz IV, durch Altersarmut, durch Verweigerung der Menschenwürde nicht unseren Stolz und unsere Anerkennung nehmen. Es gilt, den Kampf unserer Mütter und Großmütter weiter zu führen, die Rechte und Errungenschaften müssen immer

wieder neu erkämpft werden. So werden wir unsere Forderungen erneut im Land Brandenburg, im Bund und in Europa stellen.

**3.3.2011** Eröffnungsveranstaltung des Landesfrauenrats in Oranienburg

**5.3.2011** Festveranstaltung in Potsdam

**8.3.2011** Gespräch mit der Ministerin Anita Tack, DIE LINKE, in Potsdam

**12.3.2011** Internationale Tagung „Frauenrechte – Kämpfe für ein gutes Leben, Arbeit und Zeit“, Berlin ▲

*Rosemarie Kaersten*

## Kennen Sie Ihre Heimat?

Schreiben Sie uns, welches markantes Bauwerk in Potsdam-Mittelmark hier abgelichtet ist? Unter den richtigen Einsendungen wird unter Ausschluss des Rechtsweges ein Gewinner ermittelt, der von uns 50 Euro erhält.



Schreiben Sie an: DIE LINKE, Redaktion MML, Str. der Einheit

53, 14806 Belzig. Einsendeschluss ist der 5. März 2011 (Poststempel).

## Termine

**19. Februar:** „Nazis Blockieren“ – Gegenveranstaltung linker, bunter und autonomer Gruppen zum Aufmarsch europäischer Nazis in Dresden. Infos: [www.dresden-nazifrei.com](http://www.dresden-nazifrei.com)

**26 Februar:** „Kernelemente und Transformationsprozesse progressiver Reformpolitik in der Bundesrepublik“, Diskussionsveranstaltung, Helle Panke, Berlin; [www.helle-panke.de](http://www.helle-panke.de)

**3. März, 10.00 Uhr:** Eröffnungsveranstaltung des Landesfrauenrats zur 100. Wiederkehr des Internationalen Frauentags, Orangerie Oranienburg

**5. März, 19.00 Uhr:** Festveranstaltung der LINKEN in Potsdam anlässlich des 100. Frauentages, Kongresshotel Potsdam Pirschheide

**5. + 6. März:** Zweite Tagung des 2. Landesparteitages DIE LINKE, Kongresshotel Potsdam Pirschheide

**8. März:** Gespräch mit Ministerin Anita Tack, DIE LINKE, zum Internationalen Frauentag, Potsdam; Info: [rkaersten@web.de](mailto:rkaersten@web.de)

**9. - 13. März:** LiMA – 8. Akademie für Journalismus, Öffentlichkeitarbeit & Medien, Berlin; Infos: [www.linke-journalisten.de](http://www.linke-journalisten.de)

**13. März:** Internationale Frauentagung „Frauenrechte – Kämpfe für ein gutes Leben, Arbeit und Zeit“, Berlin, Kulturfabrik

**1. Mai, 10 - 18.00 Uhr:** Familienfest DIE LINKE. Potsdam-Mittelmark/Teltow mit Kultur und Politik

## ICH WILL MEHR ÜBER DIE LINKE WISSEN UND MÖCHTE:

- regelmäßig MITTELMARK.LINKS lesen
- Kontakt zu einer Gruppe der Partei in meiner Nähe
- nähere Informationen der Partei zu \_\_\_\_\_
- Mitglied der Partei DIE LINKE werden.
- Partei und Zeitung mit einer Spende unterstützen.

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Plz./Ort: \_\_\_\_\_

Tel./Fax/e-Mail: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an: Die Linke Redaktion MML, Str. der Einheit 53, 14806 Belzig.

### IMPRESSUM

**Herausgeber:** DIE LINKE.Potsdam-Mittelmark  
**V.i.S.d.P.:** Dr. Wolfgang Erlebach  
 Str. der Einheit 53, 14806 Belzig  
 Tel.: 033841/32547 \* Fax: 033841/43880  
**Redaktion:** Udo Böhlefeld, Reinhard Frank, Wolfgang Erlebach

[www.dielinke-pm.de](http://www.dielinke-pm.de)  
[mml@dielinke-pm.de](mailto:mml@dielinke-pm.de)

Auflage: 5000

Die nächste Ausgabe erscheint Anfang April. Redaktionsschluss ist der 14.03.11.

**Druck:** Layoutwerbung, Brandenburg/Havel  
[www.layoutwerbung.de](http://www.layoutwerbung.de)